

DPG-Rundbrief – Juli III 2021

Willkürliche Morde, Schießereien und Tötungen in Israel und in der palästinensischen Gebiete während die Welt schweigt.

Seit Jahrzehnten führt die völkerrechtswidrige Besatzung nicht nur zu alltäglichen Schikanen und Beeinträchtigungen an Checkpoints und dem Benutzungsverbot der ausschließlich für Israelis vorgesehenen Straßen, sondern auch zu Hauszerstörungen, Landraub, Zerstörung von Feldern, Olivenbäumen und Brunnen und willkürlichen Verhaftungen und Folter. Vor allem aber immer wieder zu Schießereien und Tötungen ohne stichhaltige juristisch nachprüfbare Gründe. Allein in der vergangenen Woche sind vier Palästinenser bei Schießereien ums Leben gekommen. Seit Beginn dieses Jahres sind 46 palästinensische Bürger und Bürgerinnen gewaltsam gestorben. Am Samstag, den 26. Juni wurden bei einer Schießerei in der Nähe des Dorfes Eilabun in Galiläa drei Mitglieder einer palästinensischen Familie getötet. Ein Palästinenser, seine Frau und ihre 16-jährige Tochter starben, ihre 9-jährige Tochter wurde leicht verletzt. Am folgenden Tag wurde Jamil Zabarqa, ein 30-jähriger Mann an einer Tankstelle in Lod, südöstliche von Tel Aviv erschossen.

Leider ist aber nicht nur die Besatzungsmacht Israel mit ihren Soldaten und frenetischen und gewaltbereiten Siedlern zu kritisieren, sondern auch die offiziellen vorherrschenden eigenen politischen und polizeilichen Organe in Palästina sind keineswegs frei von Menschenrechtsverletzungen. Dies ist von der deutschen Solidaritätsbewegung genau so scharf zu hinterfragen und zu verurteilen, wie der jüngste Fall des Todes des Menschenrechtsaktivisten Nizar Banat in Hebron deutlich zeigt.

Zur Ermordung des Palästinensische Aktivisten Nizar Banat



Die DPG e.V. verurteilt auf das Schärfste die ganz augenscheinlich gezielte Ermordung des bekannten Menschenrechtsaktivisten **Nizar Banat** durch Sicherheitskräfte der Palästinensischen Nationalen Autorität (PA) in Dura bei Hebron. **Nizar Banat** genoss als bekannter Oppositioneller großes Ansehen in der Bevölkerung. Er kandidierte auf einer unabhängigen parlamentarischen Liste „Befreiung und Würde“ für die ursprünglich für den 22. Mai 2021 angesetzten und von Präsident Mahmoud Abbas auf unbestimmte Zeit verschobenen Legislativratswahlen.

„Ich gehöre nicht zu denen, die schweigen“

Noch wenige Tage zuvor hatte **Nizar Banat** in einem seiner letzten Facebook Videos Korruption und Misswirtschaft in der PA angeprangert. „**Ich gehöre nicht zu denen, die schweigen**“: mit diesen Worten beharrte er auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung und dies im Wissen um erneute Morddrohungen gegen ihn. Schon einen Monat zuvor war sein Haus mit Tränengas und Blendgranaten angegriffen worden, mehrmals war er in den Jahren zuvor von der PA verhaftet worden.

Im Morgengrauen des 24. Juni stürmte Polizei in Zivil das Haus, in dem er sich aufhielt. „Sie waren nicht gekommen, um ihn zu verhaften, sondern um ihn zu töten“, so die Beschreibung von Familienangehörigen, die Zeugen des Mordes wurden. In einer offiziellen Verlautbarung der Behörden in Hebron, ca. 3 Stunden später, ist von einer „Verschlechterung seines Gesundheitszustands“ (während seiner Verhaftung) die Rede, weshalb er ins Krankenhaus von Hebron transportiert worden sei, wo die Ärzte nur noch seinen Tod feststellten.

Spontane Demonstrationen vor der **Mouqata'a**, dem Amtssitz von **Präsident Abbas** in Ramallah, wurden wiederum von Sicherheitskräften in Zivil brutal niedergeschlagen. Die von **Ministerpräsident Shtayyeh** angekündigte Bildung einer Untersuchungskommission durch die PA wurde als durchsichtiges Beschwichtigungsmanöver zurückgewiesen. Die PA, die laut Aussagen der palästinensischen „Lawyers for Justice“ schon lange oppositionelle Menschenrechtsaktivisten ins Visier genommen hat, scheint nun aber angesichts von Straßenprotesten und Demonstrationen in die Defensive gedrängt und zunehmend nervös. In den letzten Tagen lässt die PA Checkpoints in Ramallah errichten, den Amtssitz von Präsident Abbas abriegeln, Kameras von Journalistinnen zerstören, denen man mit Vergewaltigung droht. Der Spiegel berichtet in seiner neusten Ausgabe davon, dass „die PA Israel um Erlaubnis (gebeten hat), ihre Ausrüstung für die Repression von Protesten aufzustocken. So will sie mehr Tränengas und Blendgranaten einführen.“ (*DER SPIEGEL Nr.27/ 3.7.21 S. 78*)

Im Lichte dieser Repressionswelle erscheint die von Präsident Abbas vorgeblich mit der israelischen Verweigerung palästinensischer Wahlbeteiligung in Ost-Jerusalem begründete Wahlverschiebung umso mehr als abgekartetes Spiel. Nach der Vertagung der Wahlen Ende April, die wir als DPG wie viele andere auch kritisiert haben, und dem Beginn einer massiven Repressionswelle gegen das eigene Volk noch während des GAZA-Krieges im Mai hat Abbas in den Augen der Palästinenser*innen viel an seiner Glaubwürdigkeit verloren, wie auch aktuelle Umfragen signalisieren."

Mit der offensichtlichen Veränderung Abu Mazens zum Schlechteren vom Mitverfasser und Unterzeichnung des Oslo-Abkommens zum autokratischen Herrscher, der im Alter immer krampfhafter an seiner illusionären Macht festhält, wird die Rolle der PA als einflussloser "kooperativer Partner" Israels für immer mehr Beobachter und die Palästinenser klarer. Und für die Palästina unterstützenden Aktivisten bedeutet das: sie sollten sehr genau hinschauen, wer sich unter den palästinensischen Politikern egal welcher Couleur wirklich für das palästinensische Volk, seine Befreiung von der völkerrechtswidrigen Besatzung und politische Selbstbestimmung bedingungslos eintritt und wo die Grenzen für die sog. "Sicherheitspartnerschaft" mit den israelischen Besatzern zu ziehen ist. Es gibt genügend aktive unverbrauchte glaubwürdige Vertreter der Interessen des palästinensischen Volkes in der palästinensischen Zivilgesellschaft. Sie zu fördern, sollte unser Bestreben als deutsche Solidaritätsgemeinschaft sein.

Anton-Günther Janßen

Steinmeier zur Zuständigkeit des Außenministerium Palästinas kritisiert Äußerungen von Bundespräsident IStGH



Das Außenministerium Palästinas hat die Äußerungen von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier zur Zuständigkeit des IStGH im besetzten Palästina scharf kritisiert.

In einer heute veröffentlichten Erklärung kritisierte es seine Aussagen als „Abkehr (...) von den Regeln des Völkerrechts“ und verurteilte sie als „Einmischung in die Arbeit des IStGH, seine Entscheidungen und jene der Staatsanwaltschaft, strafrechtliche Ermittlungen für Straftaten in seinem Zuständigkeitsbereich einzuleiten.“

Weiter lesen unter [Link](#)

Vorankündigung

Rolle der palästinensischen Frau in der Gleichstellung

Amal Abusrour

26.07.2021 19:30 – 21:00 Uhr Anmeldung26.07@dpg-netz.de



Amal Abusrour, Moderatorin für Gender Audits, absolvierte ihre internationalen Studien in England und den USA. Sie verfügt über 23 Jahre Erfahrung in der Arbeit mit nationalen und internationalen NGOs in Palästina. Seit 2014 ist sie Programmdirektorin im Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung in Jerusalem. Sie trug zur Entwicklung zahlreicher Berichte bei UN-Sonderverfahren bei.